

NOMOSLEHRBUCH

Michael | Morlok

# Grundrechte

8. Auflage



Nomos

# NOMOSLEHRBUCH

**Prof. Dr. Lothar Michael,**  
Universität Düsseldorf

**Prof. Dr. Martin Morlok,**  
Universität Düsseldorf

# Grundrechte

8. Auflage



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7217-9 (Print)

ISBN 978-3-7489-1229-3 (ePDF)

8. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort zur 8. Auflage

Für die 8. Auflage wurde das Werk nicht nur aktualisiert, sondern die Teile 1 und 2 wurden völlig neu bearbeitet.

Im 1. Teil wird in § 2 die **Geschichte der Grundrechte** erzählt. Die Passage beschränkt sich nicht auf Basis-Daten der Verfassungsgeschichte, sondern will ein Verständnis für die Entwicklung der Grundrechte und damit vor allem auch für die Entwicklung ihrer Interpretation wecken. Der Text setzt keine Kenntnisse zur Grundrechtsdogmatik voraus, ist also auch als Einführungslektüre geeignet, dient aber vor allem der Vertiefung des Verständnisses für Fortgeschrittene.

Der 2. Teil des Lehrbuchs (§§ 5-7) behandelt die **Grundrechte im Mehrebenensystem** und entwickelt die Dogmatik zur Lösung von Fällen mit europarechtlichen Bezügen auf der Grundlage der neueren Rechtsprechung des BVerfG. Die Entscheidungen des BVerfG zum „Recht auf Vergessen“ (2019) gaben dazu Anlass, diese Dogmatik ausgehend vom Gesichtspunkt der Durchsetzbarkeit der Grundrechte mit dem Instrument der Verfassungsbeschwerde neu zu erschließen.

Außerdem geht die Neuauflage auf die zahlreichen Fragen ein, die sich seit 2020 für die **Grundrechte in der Pandemie** gestellt haben. Die Corona-Pandemie hat nicht nur das Gesundheitssystem, die Wirtschaft und die Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt, sondern vor allem den Staat von seiner machtvollen Seite gezeigt. Die staatlichen Eingriffe während der so genannten Lockdowns erreichten eine Intensität und ein Ausmaß, das in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik allenfalls ein theoretisches Szenario darstellte. Das warf vielfältige Fragen der verfassungsrechtlichen Grenzen staatlichen Handelns auf. Die Beschäftigung hiermit ist nicht nur mit Blick auf zukünftige staatliche Maßnahmen des Infektionsschutzes von praktischer Bedeutung. Das BVerfG hat vielmehr im Zusammenhang mit Corona-Fällen auch allgemeine Maßstäbe neu justiert bzw. ein „Grundrecht auf schulische Bildung“ sogar als neuen grundrechtlichen Maßstab gebildet. Von zukunftsweisender Bedeutung sind auch Fragen der **Grundrechte im Klimawandel**, zu denen das BVerfG in seinem „Klima-Beschluss“ grundsätzlich Stellung bezogen hat. Auch das berührt die allgemeine Grundrechtsdogmatik (Stichwort: „intertemporale Freiheitssicherung“).

Wir danken allen beteiligten wissenschaftlichen und studentischen Kräften. Namentlich hervorgehoben seien hier Frau *Sarah Dersarkissian*, die unseren Diskurs durch Kritik und Anregungen befruchtet hat, für die Überarbeitung des Stichwortverzeichnis Herr *Daniel Busche*, sowie für die Überarbeitung der Querverweise und die Aktualisierung der Fußnoten *Laura Heinlein*, *Johanna Materne*, *Anait Padarian*, *Christoph Stienen* und *Christoph Witthaut*.

Hinweise, Anregungen und Fragen sind stets willkommen, gerne auch per E-Mail ([Lothar.Michael@uni-duesseldorf.de](mailto:Lothar.Michael@uni-duesseldorf.de)).

Düsseldorf, August 2022

*Lothar Michael*

*Martin Morlok*

## Vorwort zur 1. Auflage

Die Grundrechte stehen im Zentrum des **Staats- und Verfassungsrechts**. Sie sind Ausgangspunkt und Krönung der deutschen Rechtsordnung und unterliegen zunehmend auch **europäischen Einflüssen**. Welche Grundrechte in Deutschland garantiert sind, kann also aus dem Grundgesetz allein nicht mehr beantwortet werden. Dazu sind vielmehr auch die Bedeutung der EU-Grundrechte und der EMRK sowie deren Verhältnis zum Grundgesetz zu klären. Dies ist eine grundlegende und in der Praxis aktuelle Fragestellung. Die „europarechtlichen Bezüge unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des europäischen Rechts zum nationalen Recht“ (so ausdrücklich § 11 Abs. 3 Juristenausbildungsgesetz NRW) gehören zum **Pflichtstoff des Examens**. Ein modernes Lehrbuch über Grundrechte muss daher heute zugleich ein Lehrbuch über deutsche und europäische Grundrechte sein. Das vorliegende Werk versucht beidem gerecht zu werden, ohne den Umfang zweier Lehrbücher zu erreichen. Der Frage des Verhältnisses der deutschen zu den europäischen Grundrechten ist ein eigener Teil gewidmet. Die inhaltliche Darstellung einzelner europäischer Garantien ist auf praktisch besonders relevante Unterschiede beschränkt und verweist im Übrigen auf weiterführende Literatur. In der Gewichtung des Stoffes haben wir uns – auch hinsichtlich der deutschen Dogmatik – auf die Vermittlung der Grundgedanken und ihrer Systematik konzentriert, d. h. auf das, was alle Studierenden wissen und verstehen sollten.

Adressaten dieses Lehrbuchs sind (angehende) Juristinnen und Juristen aller Semester. Es ist ein Buch **für Anfänger**, dient aber auch der Wiederholung und Vertiefung **für Fortgeschrittene**. Vertiefende Hinweise werden im Text ausdrücklich als solche und am Rand mit einem Ausrufezeichen gekennzeichnet. Sie können ebenso wie der zweite Teil des Buches („Grundrechte im Mehrebenensystem“) von Anfängern übersprungen werden. Schließlich ist das Buch **auch für die Praxis** gedacht, die verstärkt um die Berücksichtigung der EMRK ringt. So ist in der Verfassungsbeschwerdepraxis die Rüge der Nichtbeachtung der EMRK von der Ausnahme zur Regel geworden. Auch die NJW nimmt durch verstärkte Berichterstattung über Rechtsprechung des EGMR darauf Rücksicht. Das vorliegende Buch will helfen, all dies einordnen.

Die Gliederung des Buchs folgt im 3. bis 7. Teil dem Aufbau der Grundrechtsprüfung: Schutzbereiche, Eingriff und Rechtfertigung werden in dieser Reihenfolge abgehandelt. Das Buch ist also nicht in allgemeine und besondere Grundrechtslehren zweigegliedert, sondern soll gerade deren Verschränkung verdeutlichen. Den **Prüfungsaufbau** veranschaulichen auch Schemata am Ende des Buches. Sie erleichtern mit Verweisungen auf die entsprechenden Randnummern im Text das Auffinden aller relevanter Passagen zu jedem Grundrecht. Außerdem erfolgen systematische Verweisungen auf die jeweiligen Schranken am Ende der Darstellung der entsprechenden Schutzbereiche. Das gezielte Nachlesen zu bestimmten Einzelgrundrechten „am Stück“ ist dadurch unproblematisch möglich. Wer die allgemeinen Lehren „am Stück“ lesen mag, überspringe Teil 3 des Buches sowie in Teil 7 die Ausführungen zu § 23 IV. Die studienbegleitende Lektüre wird somit auch für Vorlesungen, die anders als das Lehrbuch aufbauen, erleichtert.

Das Buch ist der erste Teil eines Gemeinschaftsprojekts. Dem Band „*Michael/Morlok*, Grundrechte“ soll ein Band „*Morlok/Michael*, Staatsorganisationsrecht“ folgen. Die Konzeption und Gliederung beider Bände ist unser Gemeinschaftswerk. Um innerhalb jedes Bandes eine Darstellung „aus einem Guss“ zu ermöglichen, haben wir den Entwurf und die Letztverantwortung auf die beiden Bände verteilt und dem jeweils

## Vorwort zur 1. Auflage

---

Erstgenannten anvertraut. Das Ergebnis spiegelt den fruchtbaren Diskurs über Inhalte und deren Darstellung. Im Anhang des Bandes wird die didaktische Essenz der Grundrechtslehre auf zwei Weisen verdichtet: Hier zeichnet *Martin Morlok* für die „sieben Hauptsätze“ und *Lothar Michael* für die Schemata verantwortlich.

Hinweise, Anregungen und Fragen sind stets willkommen, gerne auch per E-Mail ([Lothar.Michael@uni-duesseldorf.de](mailto:Lothar.Michael@uni-duesseldorf.de)).

Wir danken allen beteiligten wissenschaftlichen und studentischen Kräften. Namentlich hervorgehoben seien hier Dr. *Julian Krüper*, der unseren Diskurs kritisch und anregend bereichert hat, sowie wegen ihres unermüdlichen Einsatzes und für wertvolle Hinweise *Christian Kemler*, *Julia Figura*, *Julia Leven*, *Carl-Georg Müller* und *Lars Wildhagen*. Für die Erstellung des Sachverzeichnisses danken wir *Christina Hientzsch*.

Gewidmet sei dieses Buch dem Seminar unseres gemeinsamen akademischen Lehrers Prof. Dr. Dr. h. c. mult. *Peter Häberle*. Das „Häberle-Seminar“ kann als Vorreiter gerade auch der Berücksichtigung europäischer Dimensionen des Verfassungsrechts und der Ausbildung „europäischer Juristen“ gelten.

Düsseldorf, August 2008

*Lothar Michael*

*Martin Morlok*



---

## Inhaltsübersicht

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	11
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	29

---

### TEIL 1: GRUNDRECHTSGELTUNG UND INTERPRETATION

---

<b>§ 1</b>	<b>Bedeutungskern und Bedeutungsvielfalt der Grundrechte</b>	35
<b>§ 2</b>	<b>Geschichte der Grundrechte und ihrer Interpretation</b>	39
<b>§ 3</b>	<b>Grundrechtsinterpretation</b>	84
<b>§ 4</b>	<b>Systematik der Grundrechtsprüfung</b>	92

---

### TEIL 2: GRUNDRECHTE IM MEHREBENENSYSTEM

---

<b>§ 5</b>	<b>Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem</b>	108
<b>§ 6</b>	<b>Die EMRK und ihre Durchsetzbarkeit</b>	111
<b>§ 7</b>	<b>Die GRCh und ihre Durchsetzbarkeit</b>	121

---

### TEIL 3: SCHUTZBEREICHE DER FREIHEITSRECHTE

---

<b>§ 8</b>	<b>Garantie der Menschenwürde</b>	141
<b>§ 9</b>	<b>Spezielle freiheitsrechtliche Schutzbereiche</b>	153
<b>§ 10</b>	<b>Allgemeine Freiheitsrechte</b>	263

---

### TEIL 4: GRUNDRECHTSBERECHTIGUNG

---

<b>§ 11</b>	<b>Deutsche, Unionsbürger und Ausländer als Grundrechtsträger</b>	275
<b>§ 12</b>	<b>Grundrechtsfähigkeit und -mündigkeit natürlicher Personen</b>	278
<b>§ 13</b>	<b>Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen und sonstiger Kollektive</b>	280

---

### TEIL 5: GRUNDRECHTSBINDUNG

---

<b>§ 14</b>	<b>Unmittelbare Grundrechtsbindung der öffentlichen Hand</b>	286
<b>§ 15</b>	<b>Drittwirkungen von Grundrechten</b>	290

---

### TEIL 6: ZURECHNUNG DER GRUNDRECHTSBEEINTRÄCHTIGUNG

---

<b>§ 16</b>	<b>Grundrechtsdimensionen als Zurechnungsfrage</b>	295
<b>§ 17</b>	<b>Grundrechte als Abwehrrechte gegen staatliches Tun</b>	297
<b>§ 18</b>	<b>Grundrechte als Garantien gegen staatliches Unterlassen</b>	307



INHALTSÜBERSICHT

---

<b>§ 19 Kompetenz als Zurechnungsgrenze</b>	316
<b>§ 20 Grundrechtsverzicht als Zurechnungsunterbrechung</b>	318

TEIL 7: RECHTFERTIGUNG VON FREIHEITSBESCHRÄNKUNGEN

---

<b>§ 21 Systematik und Anwendbarkeit der Grundrechtsgrenzen</b>	322
<b>§ 22 Formelle Rechtfertigung von Grundrechtsbeschränkungen</b>	328
<b>§ 23 Materielle Rechtfertigung von Grundrechtsbeschränkungen: Verhältnismäßigkeit</b>	350

TEIL 8: GLEICHHEITSRECHTE

---

<b>§ 24 Einführung in die Gleichheitsrechte</b>	414
<b>§ 25 Der allgemeine Gleichheitssatz</b>	430
<b>§ 26 Besondere Gleichheitssätze</b>	442
<b>§ 27 Europäische Gleichheitsrechte</b>	454

TEIL 9: GELTENDMACHUNG UND DURCHSETZUNG DER GRUNDRECHTE

---

<b>§ 28 Dimensionen der Grundrechtsverwirklichung</b>	462
<b>§ 29 Justizrechte</b>	467
<b>§ 30 Die Verfassungsbeschwerde zur Durchsetzung der Grundrechte</b>	485
<b>§ 31 Petitionsrecht</b>	503
<b>Sieben Hauptsätze zur Beschränkbarkeit der Grundrechte</b>	506
<b>Schemata</b>	508
<b>Definitionen</b>	523
<b>Stichwortverzeichnis</b>	531

## Inhalt

<b>Vorwort zur 8. Auflage</b>	5
<b>Vorwort zur 1. Auflage</b>	6
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	29

### TEIL 1: GRUNDRECHTSGELTUNG UND INTERPRETATION

---

<b>§ 1</b>	<b>Bedeutungskern und Bedeutungsvielfalt der Grundrechte</b>	35
	I. Das Ideal gleicher Freiheit	35
	II. Die Ausgangsvermutung zugunsten aktiver Grundrechtsausübung als Rechtfertigungslast	35
	III. Grundrechte als vorrangige und verfassungsgerichtlich durchsetzbare Rechtsansprüche auf gleiche Freiheit	36
	Wiederholungs- und Verständnisfragen	38
<b>§ 2</b>	<b>Geschichte der Grundrechte und ihrer Interpretation</b>	39
	I. Beständiges Verfassungsrecht als Rechtentwicklung begreifen	39
	II. Aspekte der Grundrechtsentwicklung	40
	III. Die Grundrechtsentwicklung in Stationen	41
	1. Begrenzung weltlicher Herrschaft durch gottgegebenes Naturrecht	41
	2. Freiheit und Gleichheit als Prämissen eines rationalistischen Naturrechts	43
	3. Grundrechte als positive Verfassungsgarantien	44
	4. Die rechtsstaatliche Idee der Begrenzung staatlicher Gewalt	45
	5. Anerkennung und Ausgestaltung rechtlicher Freiheiten im 19. Jahrhundert	47
	6. Die Verfassungstheorie und Grundrechtsinterpretation der Weimarer Zeit	49
	a) Hans Kelsen: Die Relativierung der Bedeutung geschriebener Grundrechte durch den Rechtspositivismus	49
	b) Carl Schmitt: Grundrechte als vorstaatliche Abwehrrechte gegen den Staat	51
	c) Rudolf Smend: Grundrechte als Werte und Integrationsziele	54
	7. Die Stärkung der Grundrechte durch den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes und die Regelung einer Verfassungsbeschwerde	56
	a) Grundrechtsimpulse im Text des Grundgesetzes von 1949	56
	b) Die Schaffung des BVerfG und der Verfassungsbeschwerde	58
	8. Der Beitrag des BVerfG zur Entwicklung der Grundrechte	60
	a) Die Tendenz der Rechtsprechung des BVerfG zur Maximalinterpretation der Grundrechte	61
	b) Personelle und biographische Komponenten eines Kampfes um Deutungshoheit	64
	c) Kontexte von Entscheidungen und Dekontextualisierung der Maßstäbe	66
	d) Wissenschaftliche Reflexion der Rechtsprechung	71

## Inhalt

---

9. Die EMRK und die Entwicklung der Rechtsprechung des EGMR	72
10. Die Grundrechte des Europäischen Unionsrechts	75
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	83
<b>§ 3 Grundrechtsinterpretation</b>	84
<b>I. Normstrukturelle Betrachtung</b>	84
1. Unterscheidung zwischen Regeln und Prinzipien	84
2. Grundrechte als Regeln	85
3. Grundrechte als Prinzipien	85
4. Verfassungsgerichtliche Grundsatzentscheidungen als Präjudizien und Fallvergleich	87
<b>II. Das Verfassungsdilemma zwischen Beständigkeit und Wandel</b>	88
1. Beständigkeitsanspruch der Grundrechtsgeltung	88
2. Grundrechtswandel	88
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	91
<b>§ 4 Systematik der Grundrechtsprüfung</b>	92
<b>I. Der dreistufige Aufbau</b>	92
1. Beeinträchtigung eines Schutzbereichs und Grundrechtsberechtigung	92
2. Grundrechtsverpflichtung und Zurechnung der Grundrechtsbeeinträchtigung	92
3. Formelle und materielle Rechtfertigung	92
<b>II. Konsequenzen des Prüfungsaufbaus für die Interpretation der Schutzbereiche</b>	93
1. Abgrenzung sachlicher Schutzbereiche als Weichenstellung	93
2. Grundrechtsbeeinträchtigung bzw. Grundrechtsausgestaltung	95
a) Grundrechtsbeeinträchtigung als Frage der konkreten Eröffnung eines Schutzbereichs	95
b) Grundrechtsausgestaltung und Einrichtungsgarantien	96
3. Beeinträchtigungen sogenannter „positiver“ und „negativer“ Freiheiten	97
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	100
<b>III. Grundrechtskonkurrenzen</b>	100
1. Theoretische und praktische Relevanz	100
2. Abgrenzung spezifischer Schutzbereiche	101
3. Spezialität und Subsidiarität	102
4. Idealkonkurrenz	103
5. Sogenannte „Schutzbereichsverstärkungen“	103
6. Holistischer Ansatz	105
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	107

**Inhalt**

---

**TEIL 2: GRUNDRECHTE IM MEHREBENENSYSTEM**

---

<b>§ 5</b>	<b>Grundrechtsschutz im Mehrebenensystem</b>	108
	<b>I. Ausgangspunkt und Entwicklungstendenz des Mehrebenen Denkens</b>	108
	<b>II. Das europäische Mehrebenensystem als rechtsdogmatische Herausforderung</b>	109
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	110
<b>§ 6</b>	<b>Die EMRK und ihre Durchsetzbarkeit</b>	111
	<b>I. Die EMRK als Völkervertragsrecht</b>	111
	<b>II. Die Individualbeschwerde nach Art. 34 EMRK</b>	113
	1. Der EGMR	113
	2. Zulässigkeit der Individualbeschwerde	113
	3. Begründetheit und Konsequenzen der Individualbeschwerde	114
	<b>III. Durchsetzbarkeit der EMRK im deutschen Rechtssystem</b>	115
	1. Rechtsschutz durch die Fachgerichte	115
	2. Verfassungsbeschwerde zum BVerfG	116
	3. Entscheidungen des EGMR als Wiederaufnahmegrund im Einzelfall	117
	<b>IV. Die konventionsfreundliche Auslegung des deutschen Rechts</b>	117
	1. Die Methode der völkerrechtsfreundlichen Auslegung als Stärkung der Fachgerichte	117
	2. Die konventionsfreundliche Auslegung der Grundrechte des GG	118
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	120
<b>§ 7</b>	<b>Die GRCh und ihre Durchsetzbarkeit</b>	121
	<b>I. Die GRCh als Bestandteil des Unionsrechts</b>	121
	<b>II. Die Anwendbarkeit der GRCh nach Art. 51 Abs. 1 GRCh</b>	122
	<b>III. Die Verfassungsbeschwerde im Überschneidungsbereich zwischen den Grundrechten der GRCh und des GG</b>	123
	1. Zulässigkeit von Verfassungsbeschwerden auch zur Durchsetzung der Grundrechte der GRCh	123
	2. Varianten des Maßstabs der Begründetheit einer Verfassungsbeschwerde	124
	a) Regelungsspielräume der Mitgliedstaaten als Kriterium der Anwendbarkeit der Grundrechte des GG	124
	b) Maßgeblichkeit der GRCh bei der Anwendung unionsrechtlich vollständig vereinheitlichter Regelungen	125
	c) Grundsatz der Maßgeblichkeit der Grundrechte des GG in unionsrechtlich nicht vollständig determinierten Fällen	126
	d) Maßgeblichkeit der Grundrechte der GRCh in Sonderfällen	127
	e) Die Parallelprüfung der Grundrechte des GG und der GRCh als Alternative	128
	<b>IV. Dogmatik und Auslegung der GRCh</b>	129
	1. Konvergenz der allgemeinen Grundrechtsdogmatik	130
	2. Die Auslegung der GRCh	132
	<b>V. Die Auslegung und Anwendung der Art. 1–19 GG im Lichte der GRCh</b>	135
	1. Die Prämissen unionsrechtlich zulässiger Grundrechtsvielfalt	135
	2. Die unionsrechtsfreundliche Interpretation der Grundrechte des GG	136

**Inhalt**

---

<b>VI. Die Bedeutung von Vorlageverfahren zur Durchsetzung der GRCh</b>	137
1. Das Vorabentscheidungsverfahren des EuGH nach Art. 267 AEUV	137
2. Die Möglichkeit einer auf Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG gestützten Verfassungsbeschwerde als Vorlagenkontrolle	138
3. Die konkrete Normenkontrolle durch das BVerfG nach Art. 100 Abs. 1 GG	139
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	140

TEIL 3: SCHUTZBEREICHE DER FREIHEITSRECHTE

---

<b>§ 8 Garantie der Menschenwürde</b>	141
<b>I. Menschenwürde als Tabu und Skandalon der Grundrechtsdogmatik</b>	141
<b>II. Menschenwürde als Grundrecht?</b>	141
<b>III. Schutzbereich der Menschenwürde?</b>	142
<b>IV. Normfunktionelle Betrachtung der Menschenwürde</b>	145
<b>V. Erschließung des Schutzbereichs über Fallgruppen</b>	147
1. Methodik der Fallgruppenbildung	147
2. Die drei anerkannten Fallgruppen der Menschenwürdegarantie	148
3. Bestrittene Fälle	150
4. Verweis auf europäische Grundrechte	151
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	152
<b>§ 9 Spezielle freiheitsrechtliche Schutzbereiche</b>	153
<b>I. Recht auf Leben und Gesundheit: Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG</b>	153
1. Die Funktion des Lebens und der Gesundheit im System des Grundrechtsschutzes	153
2. Begriff des Lebens i. S. d. Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	157
3. Begriff der körperlichen Unversehrtheit i. S. d. Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG	158
4. Verweis auf europäische Grundrechte	159
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	159
<b>II. Freiheit der Person: Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG</b>	160
1. Die Funktion der körperlichen Bewegungsfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	160
2. Freiheit der Person i. S. d. Art. 2 Abs. 2 S. 2 GG	160
3. Verweis auf europäische Grundrechte	162
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	163
<b>III. Religions- und Gewissensfreiheit: Art. 4 GG</b>	163
1. Die Funktionen der Religions- und Gewissensfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	163
2. Neutralität und Parität als innere Maßstäbe	165
3. Systematische Weichenstellungen	165
a) Art. 4 Abs. 1 und Abs. 2 GG als einheitliches und vorbehaltloses Grundrecht	165
b) Drei Ausprägungen des Grundrechts als Religions-, Weltanschauungs- bzw. Gewissensfreiheit	166
c) Zum Verhältnis von Bekenntnis- und Gewissensfreiheit	167
d) Systematische Funktion der Art. 136 ff. WRV	167

## Inhalt

---

e) Das „Selbstverständnis des Grundrechtsträgers“ bei der Bestimmung des Schutzbereichs	168
4. Schutzgehalte: Innere und gelebte Freiheiten des Geistes	168
a) Forum Internum	168
b) Forum Externum als Bekenntnis- und Kultusfreiheit	169
c) Forum Externum als spezifische Handlungsfreiheit gemäß innerer Verhaltensgebote	169
5. Schutzdimensionen	172
a) Positiver und negativer Schutz	172
b) Individueller und kollektiver Schutz der Religionsfreiheit	173
6. Verweis auf europäische Grundrechte	173
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	174
<b>IV. Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit: Art. 5 Abs. 1 GG</b>	174
1. Die Funktion der Freiheit und Vielfalt geistiger Inhalte und ihrer Kommunikation im System des Grundrechtsschutzes	174
2. Meinungs- und Informationsfreiheit	177
a) Begriff der Meinung und die Freiheit ihrer Äußerung und Verbreitung	177
b) Meinungsbildung als implizierte Gedankenfreiheit	179
c) Informationsbeschaffung	179
d) Negative Meinungs- und Informationsfreiheit	180
3. Medienfreiheiten	181
a) Funktioneller gemeinsamer Nenner der Medienfreiheiten im Wandel	181
b) Pressefreiheit	182
c) Rundfunk und Filmfreiheit	184
4. Verweis auf europäische Grundrechte	185
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	185
<b>V. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit: Art. 5 Abs. 3 GG</b>	186
1. Die Funktion der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	186
2. Die Kunstfreiheit	188
a) Der offene Kunstbegriff	188
b) Persönlicher Schutzbereich und Schutzdimensionen	189
3. Die Wissenschafts- und Lehrfreiheit	191
a) Der offene Wissenschaftsbegriff	191
b) Persönlicher Schutzbereich und Schutzdimensionen	192
4. Verweis auf europäische Grundrechte	192
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	193
<b>VI. Gewährleistung von Ehe und Familie: Art. 6 GG</b>	193
1. Begrifflicher und funktioneller Bestand und Wandel	193
2. Schutz der Ehe	195
3. Schutz der Familie	198
4. Erziehungsrecht und -pflicht der Eltern	199
5. Verweis auf europäische Grundrechte	201
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	201
<b>VII. Grundrechtsgewährleistungen im Schulwesen: Art. 7 GG</b>	201
1. Systematischer Überblick über die Regelungen des Art. 7 GG	201

2.	Recht auf schulische Bildung	202
3.	Religionsunterricht	204
4.	Privatschulfreiheit	204
5.	Verweis auf europäische Grundrechte	204
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	204
<b>VIII.</b>	<b>Versammlungsfreiheit: Art. 8 Abs. 1 GG</b>	205
1.	Die Funktionen von Versammlungen im System des Grundrechtsschutzes	205
2.	Der verfassungsrechtliche und der verwaltungsrechtliche Begriff der Versammlung	206
	a) Körperliche Anwesenheit mindestens zweier Personen	206
	b) Gemeinschaftliche Teilnahme als prägendes Element der Kommunikation	207
3.	Die Begrenzung des Schutzbereichs durch die Merkmale der Waffenlosigkeit und der Friedlichkeit	211
	a) Systematische Einordnung und Verhältnis zu den Schranken des Art. 8 Abs. 2 GG und zum einfachen Recht	211
	b) Friedlichkeit	212
	c) Waffenlosigkeit	213
4.	Inhalt der Gewährleistung	213
5.	Verweis auf europäische Grundrechte	214
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	214
<b>IX.</b>	<b>Vereinigungsfreiheit: Art. 9 Abs. 1 GG</b>	214
1.	Die Funktionen von Vereinigungen im System des Grundrechtsschutzes und im Verhältnis zum Demokratieprinzip	215
2.	Der verfassungsrechtliche und der verwaltungsrechtliche Begriff der Vereinigung	217
	a) Gesetzliche Anknüpfungen	217
	b) Personenmehrheit	217
	c) Freiwilliger Zusammenschluss mit einem Gemeinschaftsinteresse	218
	d) Institutionelle Mindestanforderungen der Organisation	219
3.	Positive und negative Freiheit der Institutionalisierung	220
	a) Positiver Schutz der Institutionalisierung als „Doppelgrundrecht“	220
	b) Negativer Schutz vor Zwangsmitgliedschaft	220
4.	„Doppelte Zweckneutralität“ des Schutzbereichs	221
	a) Kein spezifischer Schutz gemeinschaftlicher Zwecke	221
	b) Zweckneutraler Schutz aller Gemeinschaften	222
5.	Verweis auf europäische Grundrechte	223
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	223
<b>X.</b>	<b>Koalitionsfreiheit: Art. 9 Abs. 3 GG</b>	224
1.	Die Funktionen von Koalitionen im System des Grundrechtsschutzes und im Verhältnis zum Demokratieprinzip	224
2.	Der verfassungsrechtliche Begriff der Koalition	225
	a) Systematische, ausdrückliche und funktionale Begriffsmerkmale der Koalition	225

b) Zwecke der Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	225
c) Ungeschriebene qualitative Merkmale aus der Funktion der Tarifautonomie	225
3. Die „doppelte Zweckbezogenheit“ der Koalitionsfreiheit im Gegensatz zur Vereinsfreiheit	226
4. Positive und negative Koalitionsfreiheit mit unmittelbarer Drittwirkung	226
a) Positiver Schutz als „Doppelgrundrecht“	226
b) Negativer Schutz vor Zwangsmitgliedschaft	227
c) Unmittelbare Drittwirkung	227
5. Verweis auf europäische Grundrechte	227
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	227
<b>XI. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis: Art. 10 GG</b>	227
1. Schutzkonzepte der Korrespondenzfreiheiten im funktionellen Wandel	228
2. Ausprägungen einer allgemeinen Freiheit der Korrespondenz	229
a) Briefgeheimnis	229
b) Postgeheimnis	229
c) Fernmeldegeheimnis	229
3. Verweis auf europäische Grundrechte	230
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	230
<b>XII. Freizügigkeit: Art. 11 GG</b>	230
1. Die Funktion der Freizügigkeit im System des Grundrechtsschutzes	230
2. Der Begriff der Freizügigkeit	231
3. Die räumliche Erstreckung der Freizügigkeit	231
4. Positive und negative Freizügigkeit	232
5. Verweis auf europäische Grundrechte	233
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	233
<b>XIII. Berufsfreiheit: Art. 12 GG</b>	233
1. Die Funktion der Berufsfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	233
2. Der verfassungsrechtliche Berufsbegriff	235
a) Erwerbsgerichtetheit der Tätigkeit	236
b) Dauerhaftigkeit	236
c) Funktion als Lebensgrundlage	236
d) Nicht notwendige Privatwirtschaftlichkeit von Berufen	238
e) Nicht notwendige Erlaubtheit von Berufen	238
3. Gewährleistungsinhalte	239
a) Schutz des Berufszugangs und der Berufsausübung	239
b) Berufsfreiheit als Wettbewerbsfreiheit?	239
c) Bildungsfreiheit und Prüfungsgerechtigkeit	241
d) Wahl des Arbeitsplatzes als Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit	242
e) Negative Freiheit vor Arbeitszwang und Zwangsarbeit nach Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG	242
4. Verweis auf europäische Grundrechte	244
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	244



<b>XIV. Unverletzlichkeit der Wohnung: Art. 13 GG</b>	244
1. Doppeltes Schutzkonzept: Privatsphäre und Informationshoheit	245
2. Der funktionelle Wohnungsbegriff	245
3. Verweis auf europäische Grundrechte	247
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	247
<b>XV. Eigentumsfreiheit: Art. 14 GG</b>	247
1. Die Funktionen der Eigentumsfreiheit im System des Grundrechtsschutzes	247
2. Der grundrechtliche Eigentumsbegriff	249
a) Eigentumsfreiheit als rechtsgeprägtes Grundrecht	249
b) Auslegung einfachen Rechts im Lichte der verfassungsrechtlichen Eigentumsfreiheit	251
3. Schutzdimensionen der Eigentumsfreiheit	254
4. Schutzzumfang der Eigentumsfreiheit	255
5. Abgrenzung zwischen Schutzbereich, Eingriff und Schranken beim Eigentum	256
6. Verweis auf europäische Grundrechte	257
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	257
<b>XVI. Ausbürgerungs- und Auslieferungsverbot: Art. 16 GG</b>	258
1. Die Funktion des Schutzes vor Ausbürgerung und Auslieferung im System des Staatsrechts und des Grundrechtsschutzes	258
2. Verlust und Entziehung der Staatsangehörigkeit	259
3. Auslieferungsschutz	260
4. Verweis auf europäische Grundrechte	260
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	260
<b>XVII. Asyl- und Flüchtlingsrechte: Art. 16 a GG</b>	260
1. Geschichte und Funktion des Asylgrundrechts im System des deutschen und europäischen Grundrechtsschutzes	260
2. Verweis auf europäische Grundrechte	262
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	262
<b>§ 10 Allgemeine Freiheitsrechte</b>	263
I. Systematik der allgemeinen Freiheitsrechte	263
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als unbenanntes Freiheitsrecht: Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	265
1. Schutz der Grundbedingungen der Identitätsfindung	265
2. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	266
3. Schutz der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	266
4. Schutz der Identitätsfindung durch Rückzug und Vertraulichkeit	268
5. Schutz der Identitätsstiftung durch Selbstdarstellung	269
6. Verweis auf europäische Grundrechte	270
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	270
III. Die allgemeine Handlungsfreiheit als Auffanggrundrecht: Art. 2 Abs. 1 GG	270
1. Systematische Funktion des Auffanggrundrechts	271
2. Bedeutung des Auffanggrundrechts in Fallgruppen	273
3. Verweis auf europäische Grundrechte	274
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	274

## Inhalt

---

### TEIL 4: GRUNDRECHTSBERECHTIGUNG

---

<b>§ 11 Deutsche, Unionsbürger und Ausländer als Grundrechtsträger</b>	275
I. Grundrechtsschutz von Deutschen und Ausländern im Grundgesetz	275
II. Unionsrechtlich gebotene partielle Gleichbehandlung von Deutschen und EU-Bürgern bzw. Grundfreiheitsträgern	276
<b>§ 12 Grundrechtsfähigkeit und -mündigkeit natürlicher Personen</b>	278
I. Grundrechtsfähigkeit: Rechtsfähigkeit als Voraussetzung subjektiven Grundrechtsschutzes	278
II. Objektiver Grundrechtsschutz Nichtrechtsfähiger	278
III. Grundrechtsmündigkeit als prozessualer Aspekt	279
<b>§ 13 Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen und sonstiger Kollektive</b>	280
I. Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen nach Art. 19 Abs. 3 GG	280
1. Rechtsfähigkeit und Teilrechtsfähigkeit	280
2. Inländische und ausländische juristische Personen	280
3. Ihrem Wesen nach auf juristische Personen anwendbare Grundrechte	281
a) Personale und situationsspezifische Begründungsansätze	281
b) Anwendbarkeit auf juristische Personen des öffentlichen Rechts in Ausnahmefällen	282
c) Ausschluss höchstpersönlicher Grundrechte	284
II. Institutioneller und justizieller Schutz von Vereinigungen und sonstigen Kollektiven	284
1. Institutioneller und inhaltlicher Schutz von Vereinigungen	284
2. Rechtsstaatlicher und justizieller Schutz von Kollektiven	285
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	285

### TEIL 5: GRUNDRECHTSBINDUNG

---

<b>§ 14 Unmittelbare Grundrechtsbindung der öffentlichen Hand</b>	286
I. <b>Ausprägung im deutschen Grundrechtsschutz: Art. 1 Abs. 3 GG</b>	286
1. Unmittelbare Bindung aller drei Staatsgewalten des Bundes und der Länder	286
2. Bindung jeder Ausübung öffentlicher Gewalt	286
3. Bindung der öffentlichen Hand unabhängig von ihrer Handlungsform	287
4. Bindung juristischer Personen der mittelbaren Staatsverwaltung	288
5. Beschränkte Bindung öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften nach allgemeinen Regeln	288
II. <b>Ausprägungen im europäischen Grundrechtsschutz</b>	288
1. Unmittelbare Bindung aller Staatsgewalten an die EMRK	288
2. Unmittelbare Bindung aller Staats- und Unionsgewalten an die Unionsrechte	289

**Inhalt**

---

<b>§ 15</b>	<b>Drittwirkungen von Grundrechten</b>	290
I.	<b>Direkte Drittwirkung einzelner Grundrechte und Grundfreiheiten</b>	290
II.	<b>Die sogenannte mittelbare Drittwirkung von Grundrechten</b>	292
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	294
<b>TEIL 6: ZURECHNUNG DER GRUNDRECHTSBEEINTRÄCHTIGUNG</b>		
<hr/>		
<b>§ 16</b>	<b>Grundrechtsdimensionen als Zurechnungsfrage</b>	295
<b>§ 17</b>	<b>Grundrechte als Abwehrrechte gegen staatliches Tun</b>	297
I.	<b>Der klassische Eingriffsbegriff</b>	297
II.	<b>Der erweiterte Eingriffsbegriff</b>	297
1.	Ausgangsüberlegung und Leitlinien für eine dogmatische Erfassung	297
2.	Fallgruppen	301
a)	Förmliche Beeinträchtigungen	301
b)	Unmittelbare Beeinträchtigungen	301
c)	Finale Beeinträchtigungen	301
3.	Zur Abgrenzung von Tun und Unterlassen bei mittelbaren Grundrechtsbeeinträchtigungen	302
III.	<b>Grundrechtseingriffe zur Lösung von Grundrechtskonflikten (sogenannte Drittwirkungsfälle)</b>	302
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	306
<b>§ 18</b>	<b>Grundrechte als Garantien gegen staatliches Unterlassen</b>	307
I.	<b>Schutzpflichten</b>	307
1.	Begriff und Bedeutung der Schutzpflichten im System staatlicher Grundrechtsverantwortung	307
2.	Zurechnung staatlichen Unterlassens: Verfassungsrechtliche Garantstellungen	308
a)	Spezielle verfassungsrechtliche Schutz-, Förderungs- und Ausgestaltungsaufträge	308
b)	Verfassungsrechtliche Gewährleistung von Sicherheit	308
c)	Verfassungsrechtliche Gewährleistung von Autonomie	309
d)	Schutzpflichten aus Ingerenz und bei kumulativen Beeinträchtigungen	310
e)	Staatliche Garantstellung in Sonderstatusverhältnissen	311
f)	Toleranz als Grenze der Schutzpflichten	312
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	314
II.	<b>Leistungs- und Teilhaberechte</b>	314
1.	Originäre Leistungsrechte aus Freiheitsrechten	314
2.	Abgeleitete Teilhaberechte auf Gleichbehandlung	315
<b>§ 19</b>	<b>Kompetenz als Zurechnungsgrenze</b>	316
I.	<b>Systematische Einordnung von Kompetenzproblemen in die Grundrechtsdogmatik</b>	316
II.	<b>Zurechnungsausschließende Wirkung der Unzuständigkeit</b>	316
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	317

## Inhalt

---

<b>§ 20 Grundrechtsverzicht als Zurechnungsunterbrechung</b>	318
I. Verzicht bzw. Disposition als Ausdruck der Autonomie	318
II. Objektive Voraussetzung der Disponibilität	318
III. Subjektiv-individuelle Voraussetzung der Freiwilligkeit	319
IV. Rechtsfolgen eines Grundrechtsverzichts	320
Wiederholungs- und Verständnisfragen	321

## TEIL 7: RECHTFERTIGUNG VON FREIHEITSBESCHRÄNKUNGEN

---

<b>§ 21 Systematik und Anwendbarkeit der Grundrechtsgrenzen</b>	322
I. Rechtfertigungsbedürftigkeit und systematische Einordnung der Grundrechtsgrenzen	322
II. Einschränkung als Vorfrage der Rechtfertigung	323
III. Grundrechtsverwirkung	325
1. Funktion des Art. 18 GG als Instrument wehrhafter Demokratie	325
2. Voraussetzungen der Verwirkung	326
3. Konstitutives Verfahren vor dem BVerfG	326
4. Rechtsfolgen	326
IV. Einzelaktsbetrachtung bei der Rechtfertigung	327
Wiederholungs- und Verständnisfragen	327
<b>§ 22 Formelle Rechtfertigung von Grundrechtsbeschränkungen</b>	328
I. Funktion der formellen Rechtfertigung im System des Grundrechtsschutzes	328
II. Vorbehalt des Gesetzes und formelle Anforderungen an grundrechtsbeschränkende Gesetze	330
1. Der grundrechtliche Vorbehalt des Gesetzes als rechtsstaatliches Gebot	330
a) Allgemeinheit des Vorbehalts des Gesetzes für Grundrechtsbeschränkungen	330
b) Formelle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes als rechtsstaatliches Gebot	331
c) Kein Totalvorbehalt des Gesetzes auch für freiheitsfördernde Maßnahmen	331
d) Ausnahmen vom Vorbehalt des Gesetzes	332
2. Materielles Bestimmtheitsgebot als Konsequenz	333
a) Öffentlich-rechtliche Generalklauseln für klassische Eingriffe	333
b) Bestimmtheitsprobleme eines Vorbehalts des Gesetzes für mittelbare Grundrechtseingriffe, insbesondere staatliche Warnungen	334
c) Generalklauseln zur Lösung sogenannter „mittelbarer Drittwirkung“	335
d) Modifizierung in Sonderstatusverhältnissen und in der Selbstverwaltung	336
3. Verschärfung des Vorbehalts des Gesetzes durch den Parlamentsvorbehalt	337
4. Zitiergebot: Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG	338

<b>III. Verwaltungsvollzugsvorbehalt</b>	340
1. Grundrechtsschützende Funktion eines Verwaltungsvollzugsvorbehalts	340
2. Spezielle Vorbehalte eines Eingriffs „nur auf Grund eines Gesetzes“	341
3. Allgemeines Verbot des Einzelfallgesetzes: Art. 19 Abs. 1 S. 1 GG	342
4. Bedeutung der Grundrechte im Verwaltungsverfahren	343
<b>IV. Richtervorbehalt</b>	344
1. Grundrechtsschützende Funktion eines Richtervorbehalts	344
2. Anwendungsbereiche des Richtervorbehalts	345
a) Durchsuchungen und Überwachungen von Wohnungen: Art. 13 Abs. 2 bis Abs. 5 GG	345
b) Freiheitsentzug: Art. 104 Abs. 2–4 GG	346
c) Zwangsarbeit: Art. 12 Abs. 3 GG	347
d) Heimliche Infiltration eines informationstechnischen Systems	347
3. Anforderungen an die Gerichtsorganisation und an das Gerichtsverfahren	348
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	349
<b>§ 23 Materielle Rechtfertigung von Grundrechtsbeschränkungen: Verhältnismäßigkeit</b>	350
<b>I. Funktion der materiellen Rechtfertigung im System des Grundrechtsschutzes</b>	350
<b>II. Verhältnismäßigkeit als Übermaßverbot</b>	352
1. Die Bezugsgrößen der Verhältnismäßigkeit von Eingriffen	352
a) Normen und Einzelakte als Mittel und Spezialfälle illegitimer Mittel	352
b) Herausarbeitung legitimer Zwecke	354
2. Die Dreistufigkeit des Übermaßverbotes	356
a) Geeignetheit	357
b) Erforderlichkeit	357
c) Verhältnismäßigkeit i. e. S.	358
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	364
<b>III. Verhältnismäßigkeit als Untermaßverbot</b>	364
1. Die Bezugsgrößen der Verhältnismäßigkeit bei Schutzpflichten	364
a) Die Nichterfüllung der Schutzpflicht als Mittel	365
b) Schutzzwecke und kollidierende Interessen	365
2. Geeignetheit	365
3. Effektivität statt Erforderlichkeit	365
4. Verhältnismäßigkeit i. e. S.	366
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	367
<b>IV. Verhältnismäßigkeit bei qualifizierten Gesetzesvorbehalten</b>	367
1. Auswirkungen der Systematik der Gesetzesvorbehalte auf die Verhältnismäßigkeit	367
a) Unterscheidung allgemeiner und qualifizierter Gesetzesvorbehalte	367
b) Die Schrankentrias des Art. 2 Abs. 1 GG als allgemeiner Gesetzesvorbehalt	367
c) Art. 2 Abs. 1 GG als Schranke auch des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	368

## Inhalt

---

d)	Unionsrechts- und völkerrechtsfreundliche Aufwertung der verfassungsmäßigen Ordnung i. S. d. Art. 2 Abs. 1 GG	369
2.	Schranken der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit	369
a)	Unterschiedliche Verfassungstraditionen der Schranken geistiger Freiheit	369
b)	Die amerikanische Tradition der Maximierung geistiger Freiheit	369
c)	Die europäische Tradition der Relativierung der geistigen Freiheit	369
d)	Schranksystematik des Art. 5 Abs. 2 GG	370
e)	Gesetze zum Schutze der Jugend und der persönlichen Ehre	370
f)	Allgemeine Gesetze i. S. d. Art. 5 Abs. 2 GG	371
g)	Zensurverbot als Schranken-Schranke: Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG	375
3.	Schranken des Erziehungsrechts	376
4.	Schranken im Schulwesen	377
5.	Schranken der Versammlungsfreiheit	377
a)	Gesetzesvorbehalt des Art. 8 Abs. 2 GG für Versammlungen unter freiem Himmel	377
b)	Anmelde- und Erlaubnisfreiheit nach Art. 8 Abs. 1 GG als Schranken-Schranke	378
6.	Schranken der Vereinsfreiheit, insbesondere Vereinsverbote	379
7.	Schranken des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	380
8.	Schranken der Freizügigkeit	381
9.	Schranksystematik der Berufsfreiheit	381
a)	Zur Geschichte der Ansätze, ein Wortlautproblem systematisch zu lösen	381
b)	Die sogenannte „Drei-Stufen-Theorie“	382
c)	Lösung über das Prinzip der Verhältnismäßigkeit	383
d)	Verfassungsimmanente Schranken der Berufswahl	384
e)	Gestufte Prüfung der Verhältnismäßigkeit im deutschen und europäischen Verfassungsrecht	385
f)	Konsequenzen	385
10.	Schranken der Unverletzlichkeit der Wohnung	386
11.	Schranksystematik der Eigentumsfreiheit	387
a)	Überblick und Entwicklung der Unterscheidung dreier Eingriffsarten	387
b)	Enteignungen	389
c)	Inhalts- und Schrankenbestimmungen des Gesetzgebers	391
d)	Sonstige Eingriffe durch Anwendungs- und Vollzugsakte	392
e)	Institutsgarantie	393
f)	Vergesellschaftung nach Art. 15 GG	393
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	394
V.	<b>Praktische Konkordanz bei verfassungsimmanenten Schranken</b>	394
1.	Die Anwendbarkeit verfassungsimmanenter Grundrechtsgrenzen	394
a)	Grundrechte gänzlich ohne Gesetzesvorbehalt	394
b)	Anwendbarkeit verfassungsimmanenter Schranken in Ergänzung zu speziellen Schranken?	395
2.	Rechtsgüter mit Verfassungsrang	397
a)	Methodik der Bestimmung von Verfassungsgütern	397

## Inhalt

---

b) Grundrechte Dritter	399
c) Staatszielbestimmungen	400
d) Staats- und Verfassungsschutz	402
3. Praktische Konkordanz der kollidierenden Grundrechte bzw. Verfassungsgüter	403
a) Beschränkung der legitimen Zwecke auf Verfassungsgüter	403
b) Begriff der Grundrechtskollision als Sonderfall des Grundrechtskonfliktes	404
c) Das Ineinandergreifen von Über- und Untermaßverbot bei der praktischen Konkordanz	405
d) Lösung von Grundrechtskollisionen im Mehrebenensystem durch völkerrechtsfreundliche Konkordanz	406
e) Kollisionen mit verfassungsrechtlichen Gemeinschaftsgütern	408
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	410
VI. <b>Gesamtabwägungen mehrerer Grundrechtsbeeinträchtigungen</b>	410
VII. <b>Verhältnismäßigkeit in Sonderstatusverhältnissen</b>	411

## TEIL 8: GLEICHHEITSRECHTE

---

<b>§ 24 Einführung in die Gleichheitsrechte</b>	414
I. <b>Die Funktion der Gleichheitsrechte im System des Grundrechtsschutzes</b>	414
II. <b>Systematik der Gleichheitsrechte</b>	415
III. <b>Gleichheit der Rechtsanwendung und der Rechtsetzung</b>	416
1. Gleichheit der Rechtsanwendung	416
2. Rechtsetzungsgleichheit	417
3. Insbesondere: Selbstbindung an nichtgesetzliche Maßstäbe der Praxis	419
IV. <b>Dimensionen der Freiheit und der Gleichheit</b>	420
1. Trennung und Parallelität von Freiheit und Gleichheit	420
2. Verschränkungen von Freiheit und Gleichheit	420
a) Gleichheitsrechtliche Dimensionen von Freiheitsrechten	421
b) Freiheitsrechtliche Dimensionen von Gleichheitsrechten	422
3. Besonderheiten der Dogmatik der Gleichheitsrechte im Vergleich zu den Freiheitsrechten	422
a) Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger?	423
b) Bindung jedes Hoheitsträgers als rechtliche Selbstbindung	423
c) Drittwirkung von Gleichheitsrechten und Schutzpflichten?	425
d) Übertragbarkeit der Zurechnungsdogmatik der Freiheitsrechte?	426
e) Übertragbarkeit der Rechtfertigungsdogmatik der Freiheitsrechte?	427
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	429
<b>§ 25 Der allgemeine Gleichheitssatz</b>	430
I. <b>Systematische Erfassung des allgemeinen Gleichheitssatzes</b>	430
1. Bedeutung und Konsequenzen eines gleichheitsrechtlichen Auf-fangrechts	430

## Inhalt

---

2.	Willkürverbot und „neue Formel“ als Ausprägungen eines „stufenlos“ differenzierten Maßstabes der Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	430
<b>II.</b>	<b>Erste Stufe: Zurechnung einer rechtlich bedingten und rechtlich relevanten Ungleichheit</b>	431
1.	Gegenstand der Prüfung: Rechtslage des Ausgangssachverhaltes	432
2.	Referenzgröße: Rechtslage von Vergleichsfällen bzw. Vergleichsgruppen	432
3.	Rechtliche Vergleichbarkeit	433
<b>III.</b>	<b>Zweite Stufe: Rechtfertigung dieser rechtlichen Ungleichheit</b>	434
1.	Konkretisierung und graduelle Modifizierung des Rechtfertigungsmaßstabes nach der Rechtsprechung	434
a)	Persönlichkeitsmerkmale als Anlass für eine qualifizierte Prüfung der Verhältnismäßigkeit	435
b)	Freiheitsrechte als Anlass für eine qualifizierte Prüfung der Verhältnismäßigkeit	435
c)	Graduelle Kriterien für eine mehr oder weniger strenge Verhältnismäßigkeitsprüfung	435
2.	Zur Kritik an dieser Rechtsprechung	436
3.	Konsequenzen und eigener Ansatz: Argumentationsschema einer spezifisch auf Gleichheit bezogenen Verhältnismäßigkeit	437
a)	Isolierte Mittel/Ziel-Betrachtung und Ausschluss willkürlicher Ziele	437
b)	Geeignetheit als Ausschluss willkürlicher Differenzierungen	438
c)	Keine Prüfung der Erforderlichkeit beim allgemeinen Gleichheitssatz	438
d)	Angemessenheit des Grades der Ungleichbehandlung	439
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	441
<b>§ 26</b>	<b>Besondere Gleichheitssätze</b>	442
<b>I.</b>	<b>Dogmatische Besonderheiten der besonderen Gleichheitsrechte</b>	442
1.	Teleologische Auslegung aller Diskriminierungsverbote	442
a)	Mittelbare Diskriminierung	442
b)	Wertende Privilegierung bzw. Diskriminierung	442
2.	Kausalitätsfragen	443
3.	Qualifizierte Anforderungen an die Rechtfertigung von Ungleichbehandlungen	444
<b>II.</b>	<b>Gleichberechtigung der Geschlechter</b>	446
1.	Die unterschiedlichen Perspektiven des Art. 3 Abs. 2 und Abs. 3 GG	446
2.	Förderung durch Bevorzugung	447
<b>III.</b>	<b>Besondere Diskriminierungsverbote nach Art. 3 Abs. 3 GG</b>	448
<b>IV.</b>	<b>Gleichstellung nichtehelicher Kinder nach Art. 6 Abs. 5 GG</b>	450
<b>V.</b>	<b>Die staatsbürgerlichen Diskriminierungsverbote des Art. 33 GG</b>	450
1.	Funktion und Überblick	450
2.	Einzelprobleme	451
	<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	453



## Inhalt

---

<b>§ 27 Europäische Gleichheitsrechte</b>	454
<b>I. Gleichheitsrechte der EMRK</b>	454
1. Diskriminierungsverbot nach Art. 14 EMRK	454
2. Allgemeines Diskriminierungsverbot nach dem 12. Zusatzprotokoll	455
<b>II. Gleichheitsrechte im Unionsrecht</b>	455
1. Das Verbot der Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit	455
a) Schutzbereich und systematische Einordnung	455
b) Verbotene Diskriminierung	456
2. Die sogenannten Grundfreiheiten des Unionsrechts als wirtschaftliche Gleichheitsrechte	456
3. Gleichheit als EU-Grundrecht	458
a) Allgemeiner Gleichheitssatz als EU-Grundrecht	458
b) Bereichsspezifisches Diskriminierungsverbot im Landwirtschaftsrecht	459
c) Besondere Gleichheitssätze als EU-Grundrechte	460
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	461

## TEIL 9: GELTENDMACHUNG UND DURCHSETZUNG DER GRUNDRECHTE

---

<b>§ 28 Dimensionen der Grundrechtsverwirklichung</b>	462
<b>I. Verfahrensrechtliche Seite der Grundrechte</b>	462
<b>Wiederholungs- und Verständnisfrage</b>	463
<b>II. Durchsetzbarkeit subjektiver und objektiver Dimensionen der Grundrechte</b>	464
<b>III. Rechtsfolgen der Grundrechtsverletzung</b>	465
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	466
<b>§ 29 Justizrechte</b>	467
<b>I. Überblick und Systematisierung</b>	467
1. Die Bedeutung des Art. 19 Abs. 4 GG als Subjektivierung des Rechtsschutzes	467
2. Rechtsschutzgarantie nach den Europäischen Grundrechten	468
3. Abgrenzung zwischen Art. 19 Abs. 4 GG und der verfahrensrechtlichen Seite der Grundrechte	469
4. Abgrenzung des Art. 19 Abs. 4 GG zum allgemeinen Justizgewährungsanspruch	470
5. Spezielle justizielle Gewährleistungen	470
<b>II. Rechtsweggarantie des Art. 19 Abs. 4 GG</b>	470
1. Rechtsschutz gegen subjektive Rechtsverletzungen aller Art	470
2. Rechtsschutz gegen die öffentliche Gewalt	471
3. Gewährleistungsgehalt des Art. 19 Abs. 4 GG	473
<b>III. Effektiver Rechtsschutz</b>	474
<b>IV. Der allgemeine Justizgewährungsanspruch</b>	475
<b>V. Gesetzlicher Richter</b>	475
1. Bedeutung des Art. 101 Abs. 1 GG im Gefüge des Grundgesetzes	475
2. Begriff des gesetzlichen Richters	476
3. Praktische Problemfälle	476
a) Abstrakt-generelle Zuständigkeitsvorschriften	476

**Inhalt**

---

b) Missachtung von Verweisungs- und Vorlagepflichten	477
c) Anspruch auf einen unbefangenen Richter	477
<b>VI. Rechtliches Gehör</b>	477
1. Bedeutung des Art. 103 Abs. 1 GG im Gefüge des Grundgesetzes	477
2. Die drei Rechte des Art. 103 Abs. 1 GG	478
a) Das Recht auf Information im Prozess	478
b) Das Recht auf Äußerung im Prozess	478
c) Das Recht auf Gehör i. e. S.	479
3. Die Möglichkeit der Korrektur von Verletzungen des Art. 103 Abs. 1 GG	479
<b>VII. Das Recht auf ein faires Verfahren und auf angemessene Verfahrensdauer</b>	479
1. Normative Verankerung und systematische Einordnung	479
2. Ausprägungen und Konsequenzen des Fairnessgedankens	480
3. Insbesondere: Angemessene Verfahrensdauer	480
<b>VIII. Speziell strafverfahrensrechtliche Grundsätze</b>	481
1. Nulla poena sine lege (Art. 103 Abs. 2 GG)	481
2. Ne bis in idem (Art. 103 Abs. 3 GG und Art. 50 GRCh)	483
3. Unschuldsvermutung	484
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	484
<b>§ 30 Die Verfassungsbeschwerde zur Durchsetzung der Grundrechte</b>	485
<b>I. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde</b>	485
1. Zuständigkeit des BVerfG	485
2. Beschwerde- und Prozessfähigkeit	485
3. Beschwerdegegenstand	486
4. Beschwerdebefugnis	487
5. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität	489
6. Form und Frist	491
<b>II. Begründetheit und Konsequenzen der Verfassungsbeschwerde</b>	492
<b>III. Die verfassungsgerichtliche Kontrolldichte</b>	493
1. Funktionelle Beschränkung der Verfassungsgerichtsbarkeit	493
2. Grundrechtsdogmatische Implikationen der Kontrolldichte	494
a) Beschränkung der Kontrolldichte bei Wertungsfragen	494
b) Verschärfung der Kontrolldichte bei intensiven Grundrechtseingriffen	495
3. Funktionellrechtliche Implikationen der Kontrolldichte	496
a) Die starke Stellung des BVerfG	496
b) Politische Ausgestaltungsspielräume des Gesetzgebers	496
c) Verhältnis der Verfassungs- zur Fachgerichtsbarkeit	497
4. Exkurs: Kontrolldichte des EuGH und Kontrolldichte des BVerfG beim Maßstab der GRCh	499
5. Exkurs: Kontrolldichte des EGMR	500
<b>Wiederholungs- und Verständnisfragen</b>	502

## Inhalt

---

<b>§ 31 Petitionsrecht</b>	503
I. Grundrechtliche und staatsorganisationsrechtliche Funktion des Petitionsrechts	503
II. Rechtsgrundlagen und Abgrenzung zu anderen Vorschriften	503
III. Voraussetzungen des Petitionsrechts	504
IV. Inhalt des Petitionsrechts	505
Wiederholungs- und Verständnisfragen	505
<b>Sieben Hauptsätze zur Beschränkbarkeit der Grundrechte</b>	506
<b>Schemata</b>	508
<b>Definitionen</b>	523
<b>Stichwortverzeichnis</b>	531

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AcP	Archiv für civilistische Praxis (Zeitschrift)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht (Zeitschrift)
AG	Amtsgericht
AK	Alternativkommentar
allg.	allgemein
allg. A.	allgemeine Ansicht
allg. M.	allgemeine Meinung
a. M.	anderer Meinung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv für öffentliches Recht (Zeitschrift)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
ausdr.	ausdrücklich
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungssammlung des Bundesarbeitsgerichts
BayBG	Bayerisches Beamtengesetz
BayPAG	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	Entscheidungssammlung des bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
Bd.	Band
Begr.	Begründung
Bek.	Bekanntmachung
ber.	berichtigt
bes.	besonders
Beschl.	Beschluss
bespr.	besprochen
bestr.	bestritten
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
Bl.	Blatt
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
bspw.	beispielsweise
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfG-K	Kammerentscheidung des Bundesverfassungsgerichts

## Abkürzungsverzeichnis

---

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
Dok.	Dokument
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DR	Decisions and Reports – Entscheidungssammlung der Europäischen Kommission für Menschenrechte (seit 1975)
Drucks.	Drucksache
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
E	Entscheidung (aus einer vorgenannten Entscheidungssammlung)
e. V.	eingetragener Verein
ebd.	ebenda
ECLI	Europäischer Rechtsprechungs-Index
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einf.	Einführung
eingetr.	eingetragen
Einl.	Einleitung
einschl.	einschließlich
einschr.	einschränkend
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Entsch.	Entscheidung
entspr.	entsprechend
Entw.	Entwurf
Erkl.	Erklärung
Erl.	Erlaß; Erläuterung
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGR	Europäische Grundrechte (hrsgg. von Ehlers)
EuGRZ	Europäische Grundrechtszeitschrift
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Zeitschrift für europäisches Wirtschaftsrecht
evtl.	eventuell
EWGV	Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht (Zeitschrift)
FS	Festschrift
geänd.	geändert
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GRCh	Grundrechtecharta
grds.	grundsätzlich
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GRURInt	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil (Zeitschrift)
GS	Großer Senat
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. A.	herrschende Auffassung

## Abkürzungsverzeichnis

---

HbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts
Hdb	Handbuch
Hg.	Herausgeber
HGR	Handbuch der Grundrechte
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
HRLJ	Human Rights Law Journal (Zeitschrift)
hrsgg.	herausgegeben
Hs.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
i. A.	im Auftrag
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem Sinne
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinne
i. H. v.	in Höhe von
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
insg.	insgesamt
IPbpR	Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts (neue Folge)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
krit.	kritisch
lat.	lateinisch
lit.	littera
Lit.	Literatur
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LS	Leitsatz
m. Anm.	mit Anmerkung
m. E.	meines Erachtens
mind.	mindestens
Mitt.	Mitteilung(en)
MJ	Maastricht Journal of European and Comparative Law (Zeitschrift)
m. N.	mit Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
m. W. v.	mit Wirkung von
m. z. N.	mit zahlreichen Nachweisen
n. r.	nicht rechtskräftig
n. v.	nicht veröffentlicht
Nachw.	Nachweise
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport (Zeitschrift)
Nov.	Novelle
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht

## Abkürzungsverzeichnis

---

NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
o. a.	oben angegeben, angeführt
o. Ä.	oder Ähnliches
o. g.	oben genannt
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
PolG	Polizeigesetz
PrOVG	Preußisches Oberverwaltungsgericht
PrOVGE	Entscheidungssammlung des Preußischen Oberverwaltungsgericht
resp.	respektive
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RJD	Report of Judgments and Decisions, Entscheidungssammlung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (seit 1996)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Seite
s.	siehe
s. a.	siehe auch
s. o.	siehe oben
s. u.	siehe unten
Serie A	Série A des publications de la Cour européenne des droits de l'homme: Arrêts et décisions (bis Ende 1995)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Entscheidungssammlung des EuGH
sog.	sogenannt/so genannt
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
str.	strittig
stRspr	ständige Rechtsprechung
UAbs.	Unterabsatz
u. a.	unter anderem
u. a. m.	und anderes mehr
u. ä.	und ähnlich
u. Ä.	und Ähnliches
u. E.	unseres Erachtens
unstr.	unstreitig
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
u. v. m.	und vieles mehr
v.	von/vom
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VerfahrensO	Verfahrensordnung
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersG	Versammlungsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
vorl.	vorläufig
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHO	World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation)
w. N.	weitere Nachweise

## Abkürzungsverzeichnis

---

WRV	Weimarer Reichsverfassung
Z.	Zeichen
z. B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZNR	Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZP	Zusatzprotokoll zur EMRK (chronologisch nummeriert)
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z. T.	zum Teil
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
zw.	zweifelhaft
zzgl.	zuzüglich



